

Fachhochschule
Pforzheim

**Hochschule
für Gestaltung
Technik und
Wirtschaft**



*Pforzheim University
of Applied Sciences*

**BEITRÄGE DER
FACHHOCHSCHULE PFORZHEIM**

Helmut Wienert

**Konjunktur in Deutschland - Zur
Einschätzung der Lage durch den
Sachverständigenrat im
Jahresgutachten 2000/2001**

Nr. 93

Herausgeber: Ansgar Häfner, Norbert Jost, Karl-Heinz Rau,
Roland Scherr, Christa Wehner, Helmut Wienert
(geschäftsführend; wienert@fh-pforzheim.de)

Sekretariat: Alice Dobrinski
Fachhochschule Pforzheim,
Tiefenbronner Str. 65
75175 Pforzheim
dobrinski@vw.fh-pforzheim.de
Telefon: 07231/28-6201
Telefax: 07231/28-6666

Ausgabe: Dezember 2000

Helmut Wienert

**Konjunktur in Deutschland - Zur Einschätzung
der Lage durch den Sachverständigenrat im
Jahresgutachten 2000/2001**

Schriftliche Fassung eines am 29. 11. 2000 gehalten Vortrags
im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung
der Industrie- und Handelskammer Nordschwarzwald
und der Fachhochschule Pforzheim

Prof. Dr. Helmut Wienert
Fachhochschule Pforzheim
Fachbereich 7
Studiengangübergreifendes Fachgebiet
Volkswirtschaftslehre
wienert@fh-pforzheim.de

Helmut Wienert ist seit dem WS 1996/97 Professor für Volkswirtschaftslehre; zuvor arbeitete er im Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen. Bevorzugte Forschungsgebiete: Konjunktur, Wachstum, Strukturwandel sowie Arbeitsmarktentwicklungen.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	2
Verzeichnis der Schaubilder und Tabellen.....	3
1 Vorbemerkung	4
2 Was ist eigentlich „Konjunktur“?.....	6
3 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.....	10
4 Die Konjunktur im Ausland.....	12
4.1 Weltwirtschaft	12
4.2 Europa.....	14
5 Deutsche Konjunktur.....	17
5.1 Entwicklung der Zahl der registrierten Arbeitslosen	23
6 Prognose für das Jahr 2001	24

Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeit stellt die wichtigsten Ergebnisse der Konjunkturanalyse und –prognose vor, die der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 2000/2001 am 15. November 2000 vorgelegt hat. Zum besseren Verständnis werden einleitend allgemeine Ausführungen zum Konjunkturphänomen gemacht sowie die Aufgaben des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erläutert.

Summary

The paper presents key findings of the business cycle analysis (including a forecast for 2001) carried out by the German Council of Economic Experts in the annual report 2000/2001, released at November 15, 2000. To facilitate understanding some general remarks on business cycle theory serve as a starting point followed by a short survey of the legal framework and the objectives of the German council of economic advisers.

Verzeichnis der Schaubilder und Tabellen

Verzeichnis der Schaubilder

	Seite
Schaubild 1: Erntezyklen im alten Ägypten	6
Schaubild 2: Schematisches Bild des Konjunkturzyklus	7
Schaubild 3: Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland	8
Schaubild 4: Komponenten des realen Bruttoinlandsprodukts	10
Schaubild 5: Reales Bruttoinlandsprodukt der Welt	12
Schaubild 6: Zur Industriekonjunktur im Eurogebiet	15
Schaubild 7: Entwicklung der Geldmenge M3 im Eurogebiet	16
Schaubild 8: Entwicklung der Außenhandelspreise	20
Schaubild 9: Entwicklung der Zahl der registrierten Arbeitslosen	22
Schaubild 10: Bewegungen am Arbeitsmarkt	23
Schaubild 11: Zur Konjunkturdynamik in Deutschland	27
Schaubild 12: Zur Auftragslage im Verarbeitenden Gewerbe	28
Schaubild 13: ifo Geschäftsklima in West- und Ostdeutschland	29

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1: Zum Wachstum des BIP ausgewählter Länder der Welt	13
Tabelle 2: Wirtschaftsdaten für die Länder der EU	14
Tabelle 3: Komponenten des deutschen BIP-Wachstums	19
Tabelle 4: Zur voraussichtlichen Entwicklung des BIP in ausgewählten Ländern	25
Tabelle 5: Deutsche Konjunktur: Verlagerung der Triebkraft vom Export zum Konsum	27

1 Vorbemerkung

Prognosen sind schwer – besonders für die Zukunft. Dieser Kalauer ist unter Konjunkturprognostikern ein geflügeltes Wort, um die weitgespannten Erwartungen des Publikums zurückzuschrauben. Bei Fehleinschätzungen müssen sie sich dennoch oft bissige Bemerkungen anhören. Gerne wird auf eine Passage aus dem Talmud verwiesen, in der es heißt, dass die Kunst der Prophezeiung nach der Zerstörung des 2. Tempels den Propheten entrissen und in die Hände von Narren und Kindern gelegt wurde. Konjunkturprognosen sind in der Tat zum Teil „Kunst“, erfordern also ein nicht jedem gegebenes seherisches Talent. Wohl nicht zuletzt aus diesem Grund werden die Mitglieder des Sachverständigenrats zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) in der Öffentlichkeit gerne als „die fünf Weisen“ bezeichnet.

Natürlich muss jeder wissenschaftliche Prognostiker sein Handwerkszeug beherrschen. Grundlegende Wirkungszusammenhänge von Einkommen und Verbrauch, Lohn und Beschäftigung, Zins und Investitionen, Wechselkurs und Export, Geldmenge und Preisniveau werden von allen Mitgliedern der Zunft genutzt - die Verarbeitung der verbleibenden Unsicherheiten zu einer treffenden Prognose gelingt dennoch nicht immer. Wären Fehlprognosen personen- oder institutionsgebunden, würde der Wettbewerb auf dem Markt für Prognosen rasch zum Ausscheiden der weniger Begabten führen. Leider ist dem nicht so; die Treffsicherheit der verschiedenen Prognostiker wechselt vielmehr in kaum prognostizierbarer Weise im Zeitablauf.

Ursächlich für Prognoseerfolge oder -misserfolge sind nicht nur die vielfältigen Unsicherheiten der konjunkturellen Dynamik, sondern auch häufig kaum explizit gemachte Vorstellungen über Entwicklungen jenseits konjunktureller Schwankungen. Nimmt man z.B. an, was heute noch niemand mit Gewissheit sagen kann, dass die Segnungen der sogenannten „Neuen Ökonomie“ (im vorliegenden Zusammenhang versteht man darunter einen durch computerbasierte Wissensnetzwerke hervorgerufenen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsschub) auch Deutschland erreichen und einen höheren Wachstumspfad bewirken,

werden konjunkturelle Prognosen immer eine Spur optimistischer ausfallen, als wenn man die fortdauernde Dominanz der „Alten Ökonomie“ unterstellt.

Der Titel des Vortrags auf der Einladung lautete: Konjunktur in Deutschland - Ist der Aufschwung schon zu Ende? Die Wahl dieses zweifellos etwas marktschreierischen Titels verrät eine typische Fehlprognose: Als wir Ende Oktober Termin und Titel der Veranstaltung festlegten, war vom Ergebnis des am 15. November vorgelegten Gutachtens noch nichts bekannt. Die Gemeinschaftsdiagnose der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland vom 20. Oktober hatte einen Wendepunkt der Weltkonjunktur diagnostiziert und für Deutschland einen Rückgang der Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 3 % im Jahr 2000 auf 2,7 % im Jahr 2001 vorhergesagt. Im Verlauf des Jahres 2001 wurde dabei sogar eine Tempoverringerung auf nur noch 2 % Wachstum im vierten Quartal unterstellt. Vor diesem Hintergrund schien die Frage nach dem Ende des Aufschwungs vertretbar, zumal die Ergebnisse der Geschäftsklimaumfrage des ifo-Instituts – ein vielbeachtetes Barometer der Industriekonjunktur - seit dem Frühsommer nach unten zeigte.

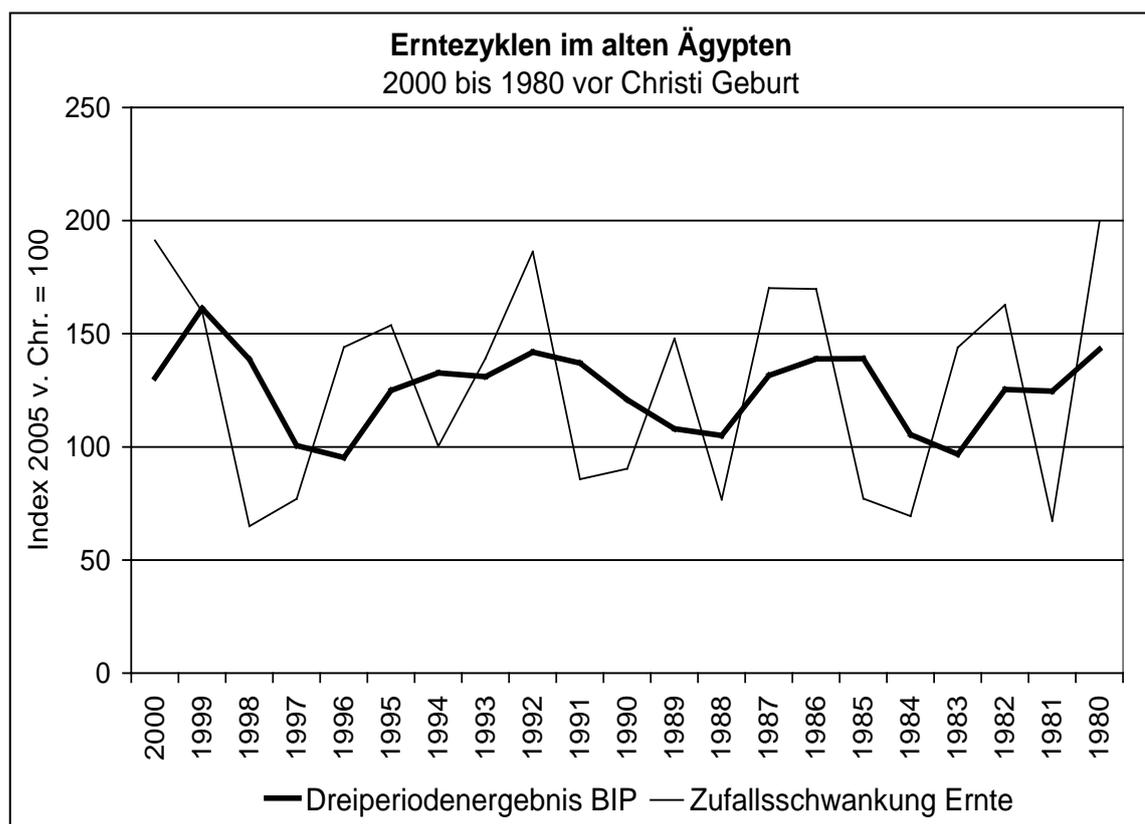
Der Sachverständigenrat teilt die Befürchtung eines beginnenden Abschwungs nicht, sondern ist grundsätzlich zuversichtlich gestimmt. Zwar weicht seine Prognose für das Wachstum des BIP in den Jahresdurchschnitten kaum von der Gemeinschaftsdiagnose ab (3,0 % für 2000, 2,8 % für 2001), das Verlaufsprofil ist aber sowohl für die Weltkonjunktur als auch für die deutsche Konjunktur deutlich optimistischer angesetzt worden. Die steigenden Ölpreise verursachen nach Ansicht des Rates nur eine vorübergehende Delle, ab der Jahresmitte 2001 gewinnt der deutsche Konjunkturzug wieder an Geschwindigkeit, zum Jahresende wird ein BIP-Wachstum von über 3 % vorhergesagt. Der Titel des Jahresgutachtens 2000/01 lautet daher „**Chancen auf einen höheren Wachstumspfad**“. Die Finanz- und Rentenpolitik der Bundesregierung bekommt überraschend gute Noten, die Lohnabschlüsse der Tarifparteien werden im Grundsatz wegen ihrer Produktivitätsorientierung gelobt, nur bei der Arbeitsmarktpolitik sieht der Rat nach wie vor erheblichen Änderungsbedarf.

Aus dem über 500 Manuskriptseiten starken Gutachten können naturgemäß nicht alle Inhalte in einen kurzen Vortrag gepackt werden. Ich werde mich daher auf die konjunkturellen Aussagen konzentrieren und beginne mit einigen allgemeinen Aussagen zum Konjunkturphänomen und zur Aufgabe des Sachverständigenrates. Es folgt ein Überblick über die aktuelle Welt- und Binnenkonjunktur, anschließend wird auf die Prognose für das Jahr 2001 eingegangen. Für die Aussagen des Rates zu den einzelnen Politikbereichen und wachstumspolitischen Grundsatzfragen fehlt die Zeit, sie wären es wert, auf einer Folgeveranstaltung vorgestellt zu werden.

2 Was ist eigentlich „Konjunktur“?

Schon das Alte Testament erwähnt Schwankungen der Wirtschaftsaktivität in Form von 7 fetten und 7 mageren Jahren. Ursächlich für solche Schwankungen in vorindustrieller Zeit waren Erntezyklen. Das volkswirtschaftliche Gesamtprodukt bestand im Wesentlichen aus Agrarerzeugnissen, es gab praktisch kei-

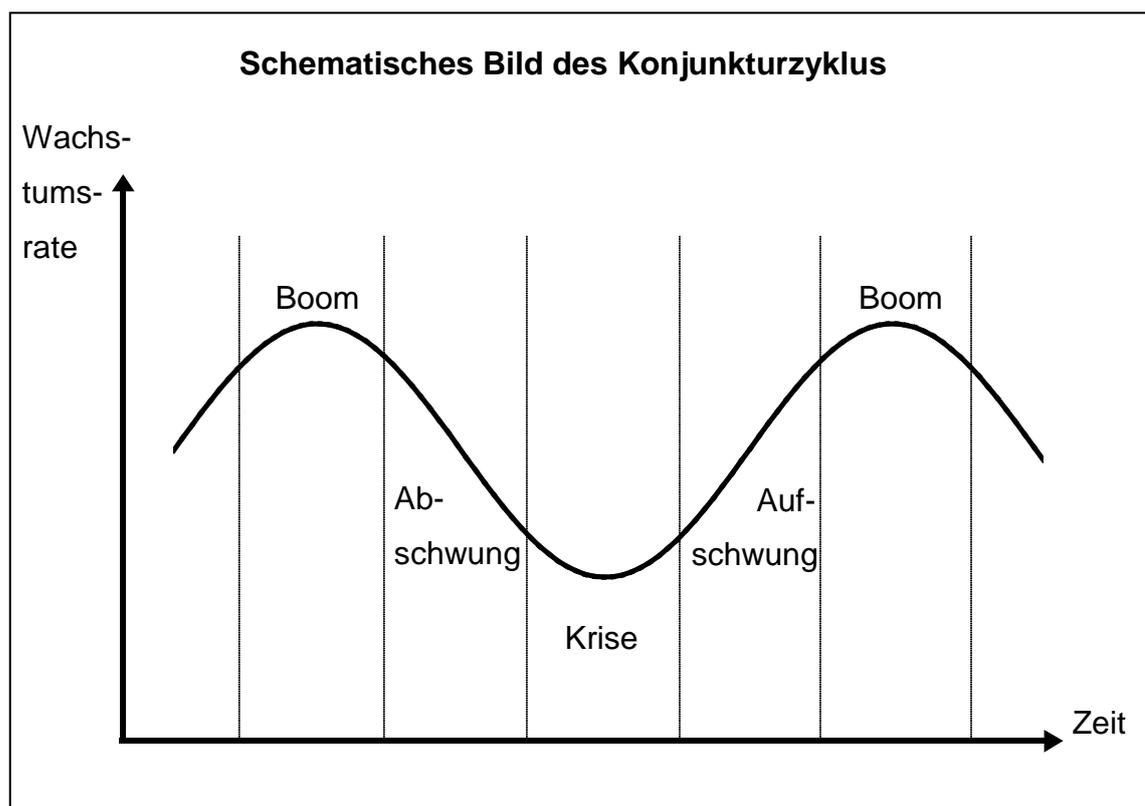
Schaubild 1



nen Einkommenszuwachs, nur wechselnde Ernteerträge wegen günstiger oder ungünstiger Witterungslagen. Eine gute Ernte beeinflusste aber nicht nur das Produktionsergebnis des laufenden Jahres, sondern wirkte über Vorratsbildung, Verarbeitungsprozeduren und Handelsaktivitäten bis ins nächste und übernächste Jahr hinein. Zufällige Ernteschwankungen können unter solchen Bedingungen zu wellenförmigen Bewegungen der gesamtwirtschaftlichen Aktivität führen (Schaubild 1).

Für das gesamtwirtschaftliche Ergebnis in Industrieländern spielen Ernteschwankungen heute naturgemäß keine Rolle mehr, dennoch zeigt sich empirisch, dass das Wachstumstempo der Gesamtwirtschaft in hoch entwickelten Ländern deutliche mehrjährige Schwankung aufweist, die man als Konjunkturzyklen bezeichnet. Ein idealtypischer Zyklus lässt sich als Sinuswelle darstellen (Schaubild 2). Ist die Wachstumsrate höher als gewöhnlich, spricht man von Hochkonjunktur oder Boom, ist sie niedriger, von einer Krise, Rezession oder Depression. Die Bewegung aus der Krise hin zum Boom heißt Aufschwung bzw. Belebung, die vom Boom in die Krise Abschwung oder - wenn besonders

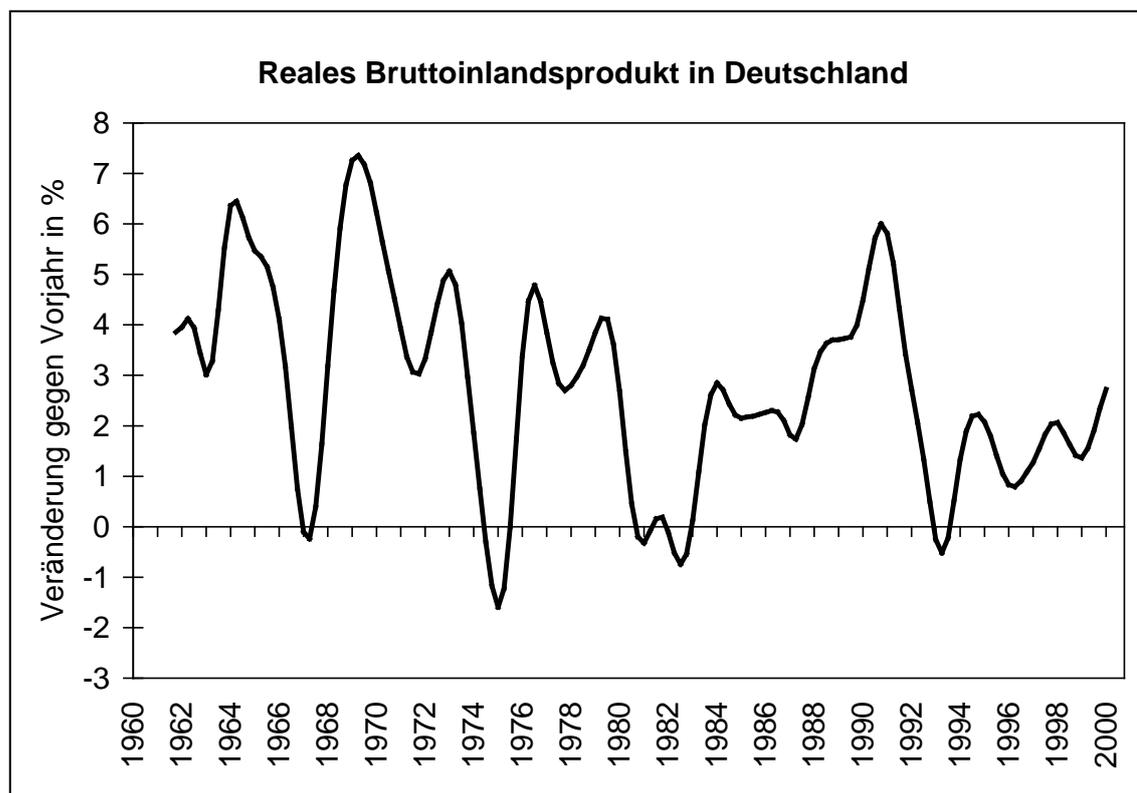
Schaubild 2



heftig – Konjunkturunbruch. Durch Überlagerung von Wellen mit unterschiedlicher Amplitude und Frequenz lassen sich beliebige Schwankungsverläufe generieren.

Das empirische Bild der Konjunkturschwankung in Deutschland in den letzten vierzig Jahren zeigt Schaubild 3. Für den Zeitraum von 1960 bis 1990 wurden Daten für die Alten Bundesländer verwendet, für den Zeitraum danach gesamtdeutsche Zahlen. Als Konjunkturindikator dient die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts. Um das Bild übersichtlich zu halten, wurde diese Veränderungsrate aus den durch einen zentrierten 4-Vierteljahresdurchschnitt geglätteten Grundzahlen errechnet.

Schaubild 3



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

Misst man die Zeitdauer eines Zyklus an den Tiefpunkten der Aktivität, so ergeben sich wie für die meisten anderen hoch entwickelten Länder Periodenlängen von 11 bis 24 Quartalen, also rund 3 bis 6 Jahren. Besonders deutlich ausgep-

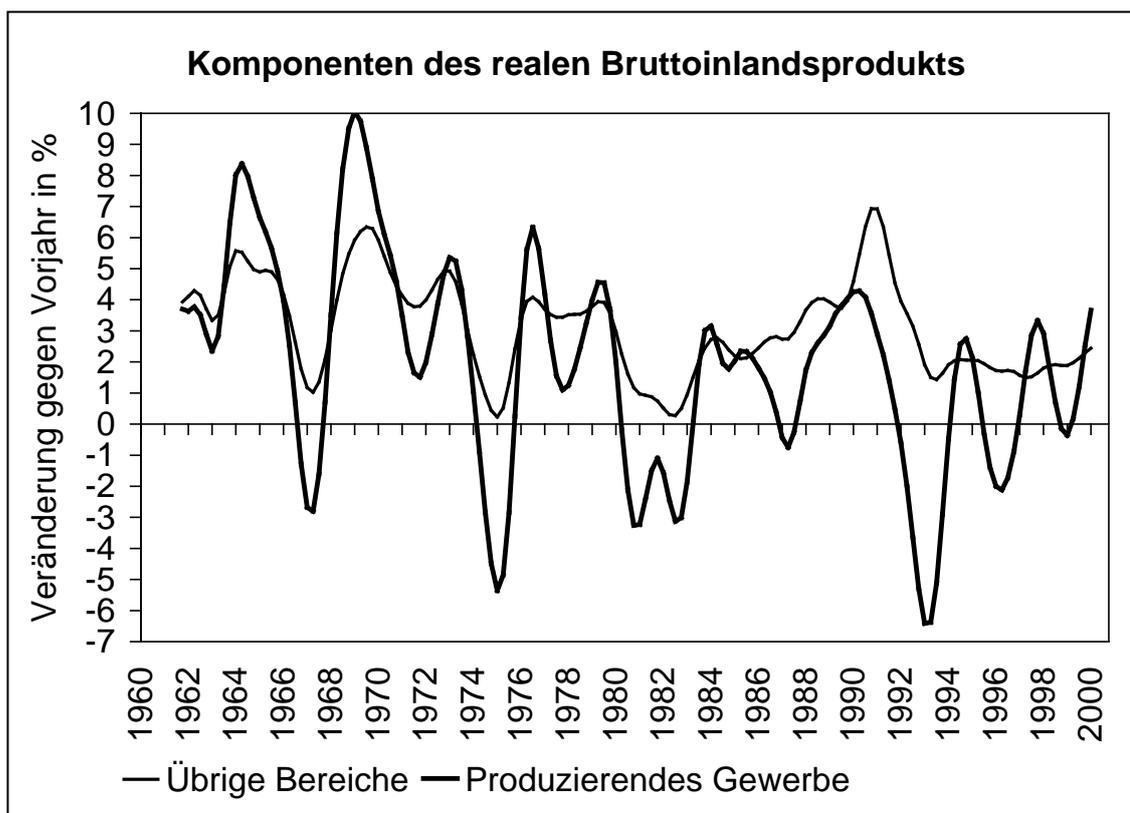
räfte Tiefpunkte sind bislang im Abstand von rund 8 bis 10 Jahren zu beobachten gewesen.

Warum wächst das Bruttoinlandsprodukt nicht gleichmäßig? Weil bei der Abstimmung der verschiedenen Käufe und Verkäufe auf Märkten immer wieder Überraschungen auftreten können. Manche Produkte finden keinen Abnehmer, andere werden so stark nachgefragt, dass die Produktion nicht ausreicht. Solche Ungleichgewichte auf Teilmärkten lösen Preis- und Mengenveränderungen aus, die auf andere Märkte übergreifen und sich zu gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichten von Angebot und Nachfrage aufschaukeln können. Daneben gibt es aber auch exogene Ereignisse, auf die die Volkswirtschaft mit zyklischer Verarbeitung reagiert; Beispiele dafür sind die beiden Ölpreisschocks 1973/74 und 1979/80, die gesamtwirtschaftlich als Nachfrageabzug aus dem Inland zu betrachten sind und einen Konjunkturreinbruch hervorriefen, sowie die deutsche Vereinigung, die 1990 bis 1992 einen kreditfinanzierten Nachfrageboom mit anschließender Anpassungsrezession zur Folge hatte.

Anfällig für zyklische Bewegungen ist vor allem die Industrie. Ihre Produkte sind lagerfähig und unterliegen im Grundstoffbereich relativ starken Preisschwankungen, was Aufschauklungsprozesse begünstigt. Die Produkte der Industrie bestehen in erheblichem Umfang aus Investitionsgütern, Exportwaren und langlebigen Gebrauchsgütern, und die Nachfrage nach diesen Erzeugnissen unterliegt viel stärkeren Schwankungen als die Gebrauchsgüter- und Dienstleistungsnachfrage. Untergliedert man das gesamte Bruttoinlandsprodukt daher in den Beitrag des Produzierenden Gewerbes (Industrie) und den der übrigen Bereiche (dies sind vor allem Dienstleistungen), so zeigen sich wie zu erwarten deutliche Unterschiede in den Amplituden (Schaubild 4).

Seit Mitte der achtziger Jahre scheinen Konjunkturreinbrüche praktisch ausschließlich auf das Produzierende Gewerbe beschränkt zu sein, sie strahlen kaum noch auf die übrigen Bereiche aus, was mit dem im Vergleich zu den frühen siebziger Jahren stark gesunkenen Wertschöpfungsanteil der Industrie erklärt werden kann.

Schaubild 4



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

3 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Starke Konjunkturschwankungen sind unerwünscht, da ein Boom in der Regel Inflation, eine Krise konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit zur Folge hat. Die Wirtschaftspolitik kann im Prinzip durch Gestaltung von Steuereinnahmen und Staatsausgaben (Fiskalpolitik) und/oder durch Veränderung des Zinsniveaus (Geldpolitik) Einfluss auf Konjunktur und Wachstum nehmen, wenngleich der in den sechziger Jahren weitverbreitete Glaube an die präzise Steuerbarkeit der Konjunktur inzwischen einer gewissen Skepsis gewichen ist.

Wenn man die Konjunktur wirtschaftspolitisch beeinflussen möchte, stellen sich Diagnose- und Prognoseprobleme, zu deren Lösung wirtschaftswissenschaftli-

cher Sachverstand benötigt wird. Im Jahr 1963 hat die Bundesregierung deshalb ein Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erlassen.

Der politisch unabhängige Rat besteht aus 5 Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen - in der Praxis werden in das Gremium auf Vorschlag der Bundesregierung ausschließlich Hochschulprofessoren berufen. Aufgabe des Sachverständigenrates ist es, jeweils bis Mitte November ein Gutachten vorzulegen, in dem die gesamtwirtschaftliche Lage und die absehbare künftige Entwicklung dargestellt wird. Er soll darin insbesondere darlegen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können („Magisches Viereck“).

Die Bundesregierung nimmt im Januar des folgenden Jahres im Jahreswirtschaftsbericht zu diesem Gutachten Stellung, nach dem Gesetz über die Bildung des Sachverständigenrates hat sie insbesondere „die wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen“ (§6). In der Praxis sind deutliche Spuren des Gutachtens im Jahreswirtschaftsbericht allerdings kaum feststellbar. Zwar wird häufig zustimmender, manchmal auch kritischer Bezug auf einzelne Ausführungen genommen; eine Beeinflussung der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der Regierungspolitik durch die Darlegungen des Rates ist in der Regel aber nicht erkennbar - die Politik folgt anderen, stärker wahlerfolgsorientierten Konzepten.

Im Laufe der Jahre hat sich der Charakter des Gutachtens stark gewandelt. Zunächst standen die Konjunkturdiagnose und -prognose mit daraus abgeleiteten Empfehlungen zu keynesianischem Nachfragemanagement durch den Staat im Vordergrund. Angesichts der hartnäckigen, offensichtlich nicht mehr nachfragebedingten Probleme auf dem Arbeitsmarkt verfolgt der Rat seit den frühen achtziger Jahren ein angebotspolitisches Konzept, in dem für Haushaltskonsolidierung, Deregulierung sowie Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt geworben wird.

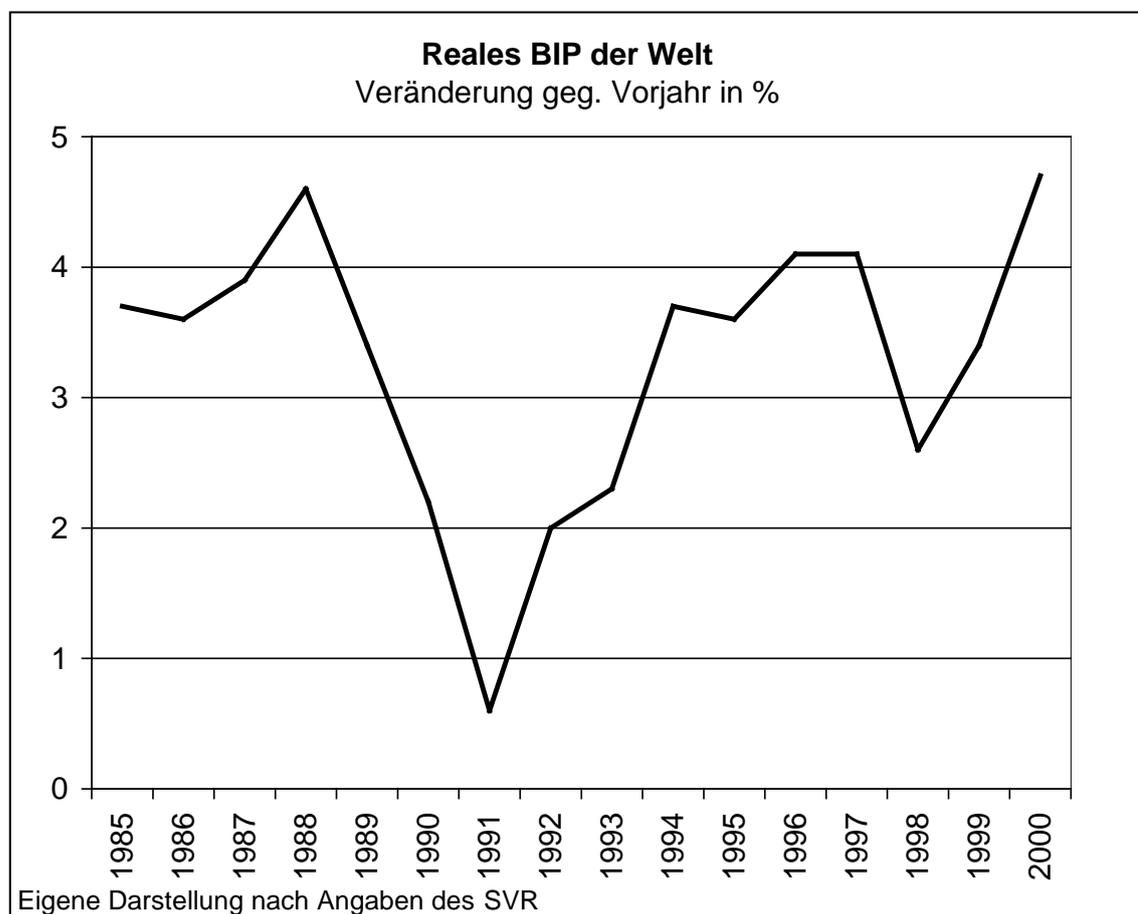
Das Gutachten ist bei all dem immer umfangreicher geworden. Neben der konjunkturellen Analyse finden sich Ausführungen zu praktisch allen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen (im aktuellen Gutachten u.a. zum Aktienmarkt, zur Gesundheits-, Renten- und Steuerpolitik, zur Neuen Ökonomie) sowie eine Fülle von empirischem Material und methodischen Erläuterungen. Es ist damit zu einer der wichtigsten Quellen der Information über empirische Fakten und aktuelles volkswirtschaftliches Denken in Deutschland geworden. Nachfolgend werden die konjunkturellen Aussagen des Gutachtens 2000/01 vorgestellt.

4 Die Konjunktur im Ausland

4.1 Weltwirtschaft

Angesichts der erheblichen Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft muss jede konjunkturelle Bestandsaufnahme die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen untersuchen. Der Rat diagnostiziert ein rundherum positives Umfeld

Schaubild 5



(vgl. Schaubild 5). Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts der Welt schätzt er für das Jahr 2000 auf 4,7 % nach nur 3,4 % im Vorjahr. Der Welthandel wird nach seiner Schätzung mit 12 % sogar mehr als doppelt so stark zunehmen wie im Vorjahr.

Motor der Entwicklung sind dabei die USA (vgl. Tabelle 1). Dort wächst das Nationalprodukt im Jahr 2000 um 5 %, die Investitionen nehmen gar mit einer Rate von 10 % zu, und das schon seit mehreren Jahren. Trotz der vielbeschworenen „Neuen Ökonomie“, die den USA ein starkes Produktivitätswachstum beschert hat, mehren sich Überhitzungsanzeichen: Die Arbeitslosenquote, die 1999 schon auf 4,2 % zurückgefallen war, ist trotz des starken Wachstums nur noch unwesentlich (auf 4,1 %) gesunken – offenbar sind geeignete Arbeitskräfte kaum noch zu finden. Die Preise sind um 3,4 % nach 2,1 % im Vorjahr gestiegen. Sorgen macht auch das hohe Leistungsbilanzdefizit, das im Jahr 2000 wohl 4,4 % des BIP erreichen wird.

Tabelle 1

Zum Wachstum des BIP ausgewählter Länder der Welt

Veränderung geg. Vorjahr in %

	1997	1998	1999	2000
EU	2,5	2,7	2,5	3,4
Beitrittsländer	2,7	2,0	1,9	3,9
Russland	0,9	-4,9	3,2	5,0
USA	4,4	4,4	4,2	5,2
Mexiko	6,8	4,8	3,7	6,7
Südamerika	5,3	1,4	-0,6	3,3
Japan	1,6	-2,5	0,2	1,4
China	8,8	7,8	7,1	7,8
Übriges Asien	5,2	-4,4	5,9	7,2
Summe	4,1	2,6	3,4	4,7

Eigene Berechnungen nach Angaben des SVR

In scharfen Kontrast dazu steht seit Jahren die Entwicklung in Japan, auch im Jahr 2000 hat sich dort nach langen Krisenjahren noch kein selbsttragender Aufschwung entwickelt. Die japanische Staatsverschuldung hat sich in Folge

der vielen vergeblichen Konjunkturankurbelungsprogramme auf weit über 100 % des BIP hoch geschraubt. Trotz der japanischen Belastung ist die Konjunktur in Asien anhaltend stark. Wichtige Länder wachsen mit Raten zwischen 4 und 9 %. Lateinamerika hat sich nach dem Einbruch im Jahr zuvor stark erholt, auch die Transformationsländer in Osteuropa und Russland entwickelten sich im Jahr 2000 nach Schätzungen des Rates recht positiv.

4.2 Europa

Innerhalb der Partnerländer der EU vollzieht sich gegenwärtig ein kräftiger, vornehmlich von der Binnennachfrage getragener Aufschwung, der – sieht man von Italien ab – stärker ist als der in Deutschland. Das BIP der Partnerländer dürfte im Jahr 2000 um 3,5 % gestiegen sein, nach nur 2,5 im Jahr zuvor (vgl. Tabelle 2), die Industrieproduktion nahm im Jahresdurchschnitt sogar von knapp 2 auf fast 5 % zu.

Tabelle 2

Wirtschaftsdaten für die Länder der EU

Veränderung geg. Vorjahr in %

	Bruttoinlandsprodukt		Industrieproduktion	
	1999	2000	1999	2000
Belgien	2,7	3,8	0,8	4,5
Deutschland	1,6	3,0	1,6	5,7
Frankreich	2,9	3,3	2,1	4,3
Italien	1,4	2,8	0,0	4,6
Niederlande	3,9	4,3	0,5	2,3
Österreich	2,8	3,6	5,6	11,1
Spanien	4,0	4,1	2,5	6,2
Schweden	3,8	4,1	2,1	7,8
Großbritannien	2,2	3,1	0,5	1,9
Summe EU	2,5	3,4	1,7	4,8

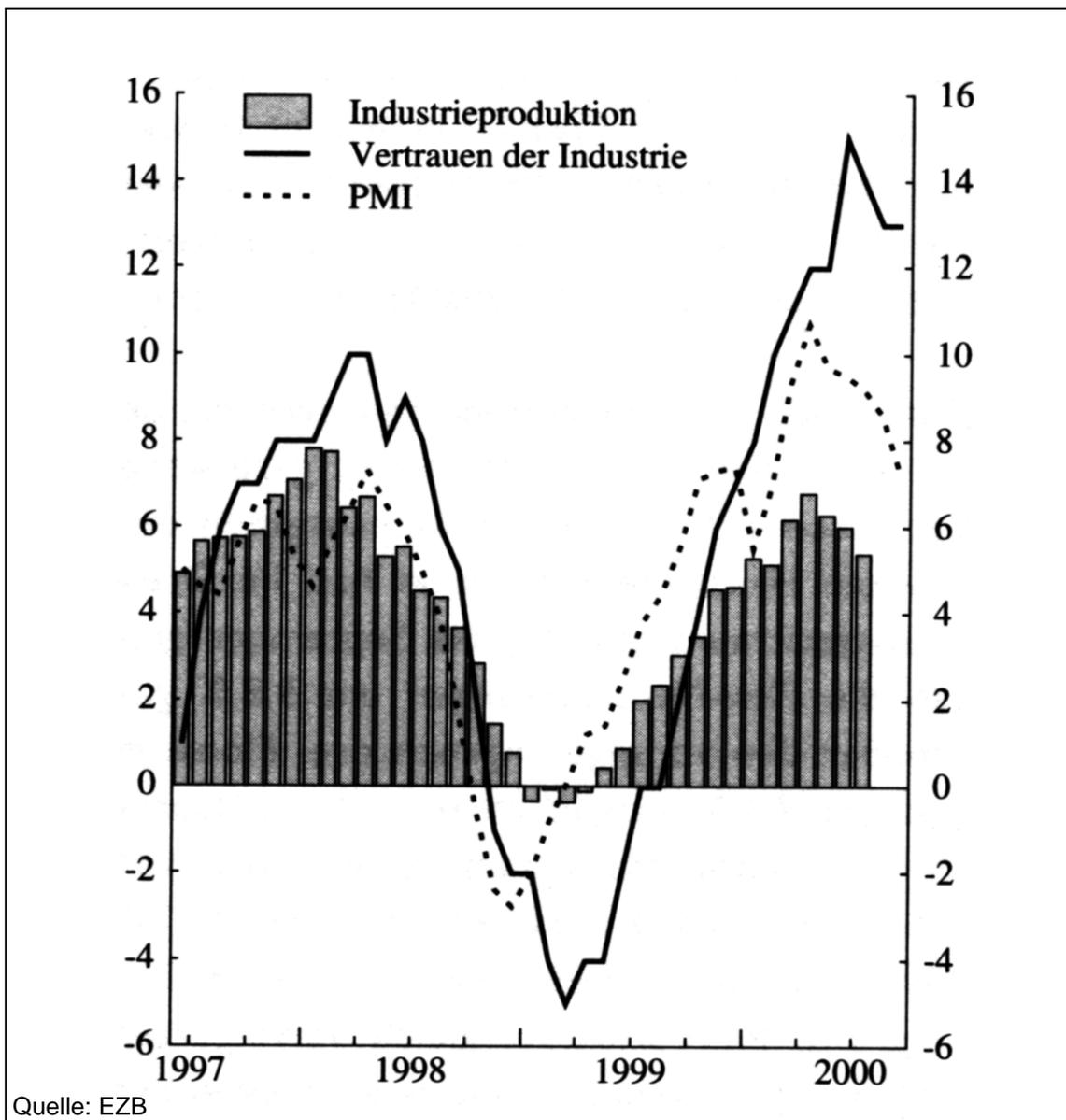
Nach Angaben des SVR

Das Vertrauen der Unternehmen in die weitere Entwicklung scheint ungebrochen (Schaubild 6), allerdings deutet der Purchasing Managers' Index (PMI),

dem Vorlaufeigenschaften für die Industrieproduktion zugesprochen werden, auf eine Verlangsamung der Expansion hin.

Schaubild 6

Zur Industriekonjunktur im Eurogebiet



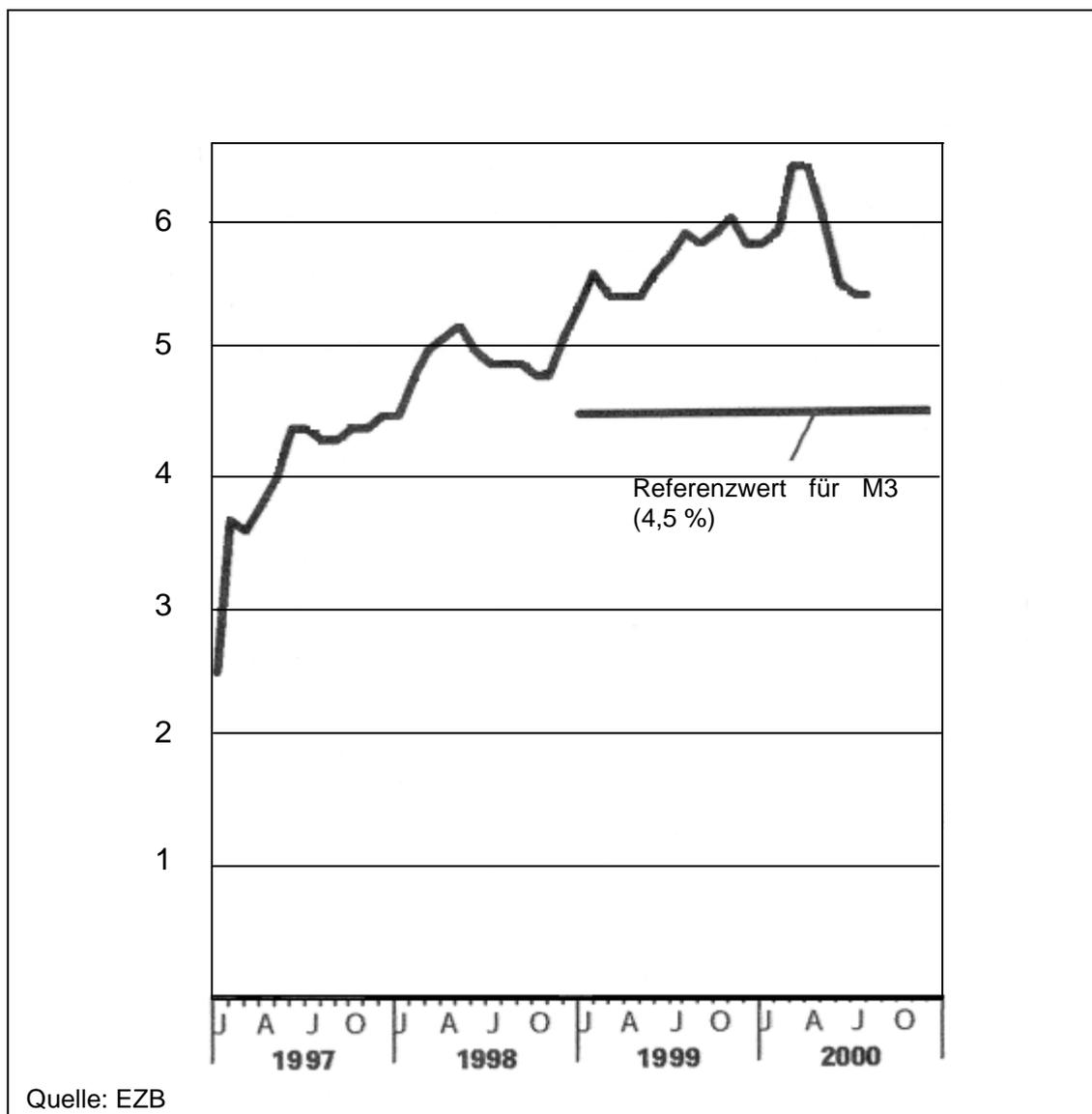
Mit zur günstigen konjunkturellen Entwicklung in Europa hat die expansive Geldpolitik beigetragen. Die Geldmenge steigt seit Anfang 1998 deutlich rascher, als von der EZB angekündigt (Schaubild 7). Im Allgemeinen unterstellt man bei Geldmengenausweitungen Wirkungsverzögerungen von rund 12 bis

18 Monaten, die deutliche Abschwächung der Geldmengenexpansion seit Frühjahr 2000 kann also gegenwärtig noch keine Wirkungen entfalten.

Schaubild 7

Entwicklung der Geldmenge M3 im Eurogebiet

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Zweifellos hat auch der schwache Außenwert des Euro zur konjunkturellen Belebung beigetragen. Verglichen mit Anfang Januar 1999 ist der mit den Exportanteilen gewichtete Wechselkurs des Euroraums gegenüber den Handelspartnern um fast 20 % gesunken. Allerdings wird der Einfluss dieses Faktors in der Öffentlichkeit häufig überschätzt; die Außenhandelsabhängigkeit des Euro-

raums ist wesentlich geringer als die der Mitgliedsländer, da ein erheblicher Teil des Handels der Mitgliedsländer auf den internen Warenaustausch entfällt, der seit der Währungsunion keinerlei Wechselkurseinflüssen mehr unterliegt.

5 Deutsche Konjunktur

Der Rat erkennt für Deutschland einen Aufschwung nach klassischem Muster, der wie üblich durch die wachsenden Exporte angeschoben worden ist. Bedingt durch die bessere Kapazitätsauslastung und steigende Gewinne folgten die Ausrüstungsinvestitionen nach. Dadurch stieg die Beschäftigung, wodurch auch das verfügbare Einkommen und der Private Verbrauch zunahm. In der Summe führte dies im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr zu einem Zuwachs beim BIP von 3 % (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3

Komponenten des realen BIP in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	1998	1999	2000
Konsum	1,6	1,9	1,7
Ausrüstungen	9,2	6,7	9,0
Bauten	-1,0	0,5	-2,4
Sonstige Anlagen	10,8	12,4	10,3
Exporte	7,0	5,1	12,9
Importe	8,6	8,1	9,9
BIP	2,1	1,6	3,0

Nach Angaben des SVR

Der **Export** wuchs im Jahr 2000 real um rund 13 %. Triebkräfte waren die starke Expansion des Welthandels, die Abwertung des Euro gegenüber dem \$-Raum sowie die Entwicklung der Lohnstückkosten gegenüber den EU-Partnern. Seit 1996 haben sie sich in Deutschland als Folge moderater Tarifabschlüsse und deutlicher Produktivitätsgewinne praktisch nicht verändert, während sich in den übrigen Ländern der Eurozone ein kumulierter Anstieg von rund 5 % ergeben hat. Für Deutschland wirkte sich zudem positiv aus, dass sich die wichtigs-

ten Absatzmärkte (Europa, USA) im Aufschwung befanden. In dieser Konjunkturphase werden Investitionsgüter, die den Schwerpunkt der deutschen Exporte darstellen, besonders stark nachgefragt. Im Sog der exportgetriebenen Expansion nahmen auch die Importe real kräftig zu, wenngleich etwas weniger als der Export. Ursächlich dafür ist die starke gewachsene internationale Arbeitsteilung, die Exportimpulse eines Landes relativ rasch auf andere verteilt.

Die mit der Exportsteigerung verbundene günstigen Gewinnentwicklung zog die **Ausrüstungsinvestitionen** nach oben, sie nahmen im Jahr 2000 real um rund 10 % zu. Dass die gesamten Investitionen nur ein Plus von 2,5 % erreichten, liegt an den um 2,5 % zurückgegangenen **Bauinvestitionen**. Verantwortlich dafür ist das drückende Überangebot an Wohnungen vor allem in Ostdeutschland (Leerstandsquote 12 %). Auch bei Wirtschaftsbauten gibt es in Ostdeutschland als Folge der exzessiven Subventionierung vergangener Jahre ein Überangebot.

Der **Private Verbrauch** wuchs im Jahr 2000 mit real knapp 2 % etwas weniger als im Jahr zuvor, obwohl die verfügbaren Einkommen als Folge der Zunahme der Löhne und der Beschäftigung um 3 % wuchsen. Zur relativen Zurückhaltung der Verbraucher mag der starke Anstieg der Energiepreise beigetragen haben; die Verbraucherpreise insgesamt stiegen allerdings nur um 2 %, vor allem weil sich Nahrungs- und Genussmittel, aber auch Strom und Telefonkosten wegen des scharfen Wettbewerbs weiter verbilligten.

Die Verteilung des gesamten Wachstums auf die verschiedenen Nachfragekomponenten verdeutlicht Schaubild 8. Entscheidend sind die Impulse von Ausrüstungsinvestitionen und Exporten gewesen. Ohne den Swing im **Außenwirtschaftsimpuls** wäre die Zuwachsrates des Sozialprodukts nicht von 1,6 auf 3 % gestiegen, sondern von 2,4 auf 2 % zurückgefallen. Dieser Swing ist wie erwähnt vor allem durch die günstige Regional- und Gütergruppenstruktur der deutschen Exporte und weniger durch die Abwertung bedingt gewesen. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieses Sachverhalts soll darauf näher eingegangen werden.

Tabelle 3

Komponenten des deutschen BIP-Wachstums

	BIP	Konsum	Ausrüstungen	Bauten	sonstige Anlagen	Lagerveränderung	Außenbeitrag
	Mrd. DM						
1999	3731	2839	312	482	45	21	32
2000	3842	2888	340	470	50	25	69
	Veränderung gegen Vorjahr in Mrd. DM						
1999	58	53	20	2	5	6	-28
2000	111	49	28	-12	5	4	37
	Absoluter Beitrag zur BIP-Zuwachsrate in %-Punkten						
1999	1,6	1,4	0,5	0,1	0,1	0,2	-0,8
2000	3,0	1,3	0,8	-0,3	0,1	0,1	1,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des SVR

Fast die Hälfte der deutschen Exporte gehen in den Euroraum. Hinzu kommen noch Lieferungen in andere Regionen, deren Währungen sich gegenüber dem Euro kaum veränderten. Eine 20 %ige Abwertung gegenüber dem Dollar hat

Entwicklung der Außenhandelspreise

1995 = 100

rechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), die auch die Importverteuerung und abwertungsbedingte Preisanhebungen im Export berücksichtigen, ergeben für eine 20 %ige Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar einen dadurch induzierten Exportanstieg von nur knapp 1 %¹. Er begünstigt zudem die einzelnen Branchen recht unterschiedlich, besonders profitieren vor allem der Fahrzeugbau und die Chemische Industrie.

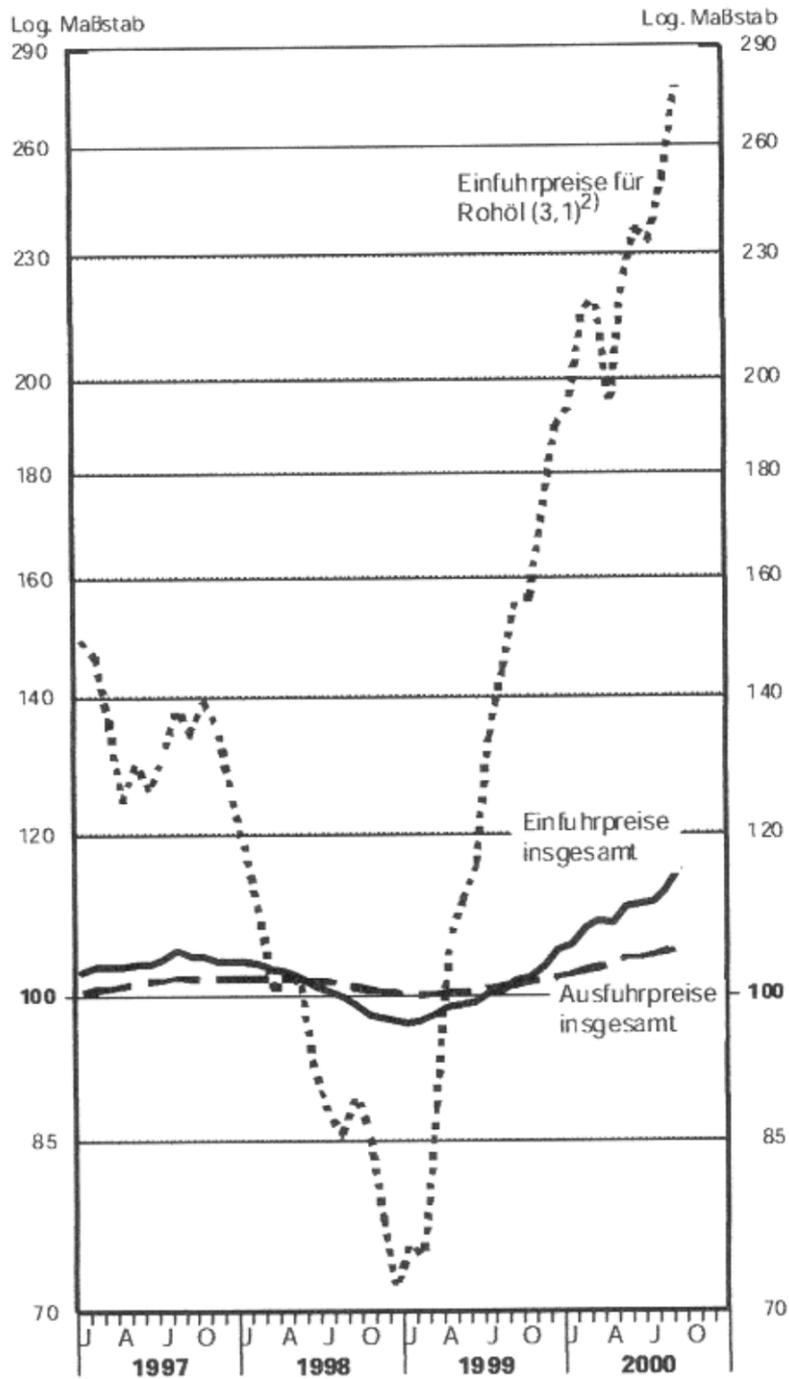
Die Schwäche des Euro hat zusammen mit dem Anstieg der in Dollar notierten Rohölpreise zu einer deutlichen Verschlechterung der **Terms of Trade** geführt.

¹ Vgl. Schwacher Euro stärkt Export – aber nur wenige Sektoren profitieren. RWI- Konjunkturbrief 2/2000.

Schaubild 8

Entwicklung der Außenhandelspreise

Entwicklung der Außenhandelspreise¹⁾
1995 = 100



Obwohl Erdöl nur 3 % aller Importe ausmacht, zog die starke Verteuerung den gesamten Importpreisindex um rund 10 % nach oben. Der preisbedingte Anstieg unserer gesamten Importrechnung summierte sich damit im Jahr 2000 auf rund 130 Mrd. DM. Unsere Exportpreise wurden dagegen nur um 3 % erhöht, was rund 40 Mrd. mehr in die Kasse brachte. Die Verschlechterung des gesamtwirtschaftlichen Austauschverhältnisses kostete damit die Inländer rund 90 Mrd. DM oder 1100 DM je Kopf. Dieser Effekt erreicht die Haushalte allerdings nicht unmittelbar. Zunächst schlagen die gestiegenen Importpreise vor allem auf die Erzeugerpreise durch, die im Jahr 2000 um 3 % zunahm. Falls es nicht gelingt, diese Steigerungen auf die Verbraucher zu überwälzen, werden die Gewinne und damit auch Investitionen und Beschäftigung gedrückt.

Der Konjunkturaufschwung hat die **Zahl der Beschäftigten** um rund 1,6 % steigen lassen, die Zahl der Beschäftigtenstunden hat sich dagegen kaum verändert, offensichtlich hat die Teilzeitarbeit zugenommen. Der Anstieg der Zahl der Beschäftigten konzentrierte sich allein auf Westdeutschland, in Ostdeutschland nahm die Zahl sogar um 2 % ab, und zwar vor allem wegen des anhaltenden Beschäftigungseinbruchs im Baugewerbe (-12 %). Die gleiche gegenläufige Entwicklung zeigt sich auch bei der Zahl der registrierten Arbeitslosen (Schaubild 9).

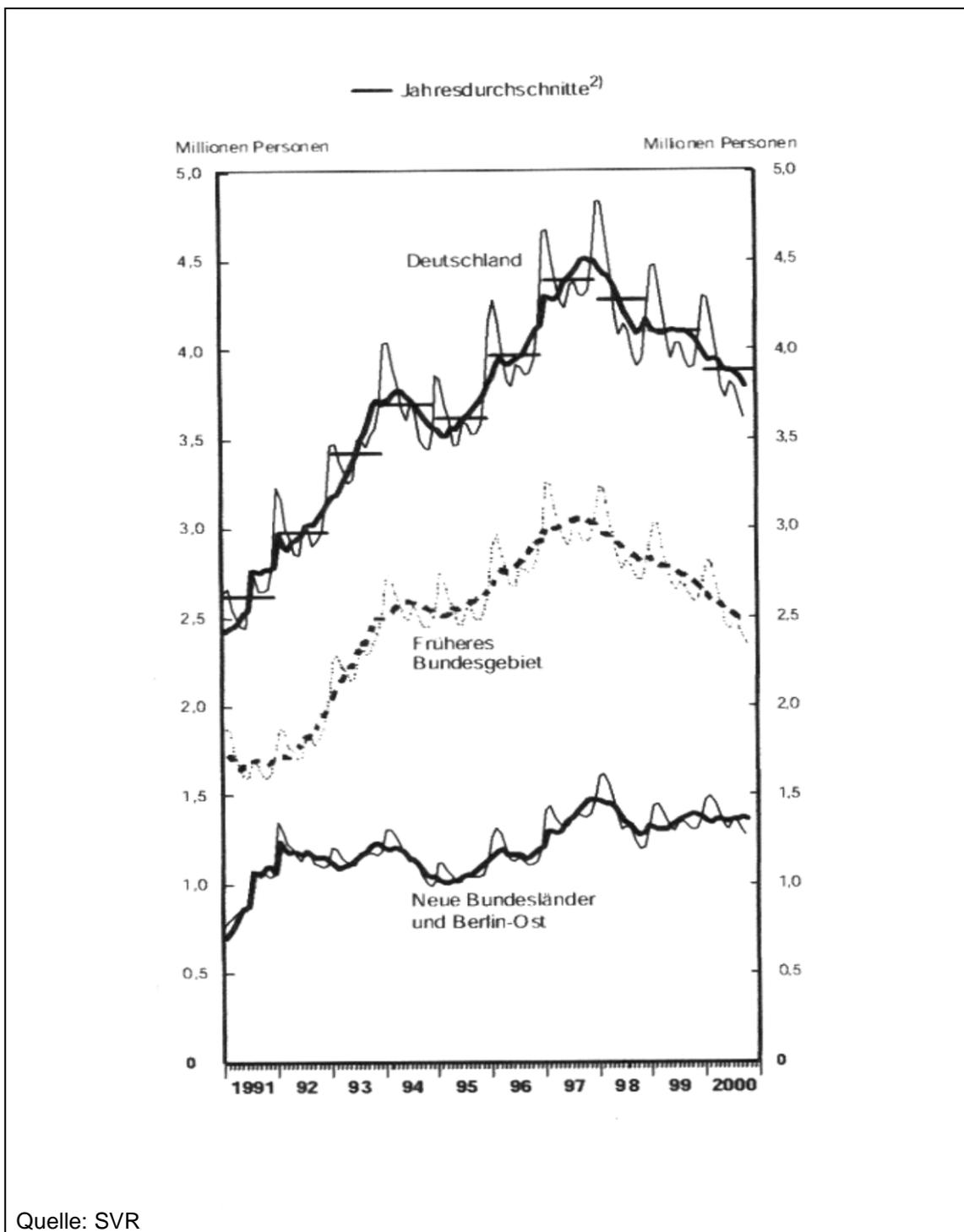
Insgesamt ist der Abbau der Arbeitslosigkeit seit Anfang 1998 beachtlich vorangekommen – der konjunkturelle Aufschwung geht also nicht am Arbeitsmarkt vorbei. Auch die Zahl der gemeldeten offenen Stellen nahm um rund 10 % zu. Dennoch ist das Niveau bedrückend hoch: Im Jahresdurchschnitt waren es 2000 rund 3,9 Mill. Personen, schließt man die verdeckt Arbeitslosen mit ein (subventionierte Beschäftigung und Weiterbildung, Frühverrentung), waren es sogar 5,7 Mill. Menschen. Der Hochpunkt 1997 lag bei 6,3 Mill. Menschen.

Die Bundesanstalt für Arbeit setzt für aktive Arbeitsförderung im Jahr 2000 rund 43 Mrd. DM ein – reichlich 40 % ihres Gesamtbudgets. Der Rat fällt ein vernichtendes Urteil über die Wirksamkeit dieser Form der Arbeitsmarktpolitik. Mikroökonomische Untersuchungen hätten keinerlei Hinweise darauf ergeben, dass Teilnehmer an Weiterbildungs- oder ABM-Maßnahmen bessere berufliche Ein-

gliederungschancen haben als Kontrollgruppen ohne solche Förderung. Für Ostdeutschland ist das auf den ersten Blick erstaunliche Phänomen belegt, dass Teilnehmer erst zwei Jahren nach der Teilnahme bessere Vermittlungschancen haben – offenkundig deshalb, weil die Suchaktivität erst zunimmt, wenn die mit Weiterbildungsmaßnahmen verbundene finanzielle Anschlussförderung ausläuft.

Schaubild 9

Entwicklung der Zahl der registrierten Arbeitslosen
1991 bis 2000, in Millionen

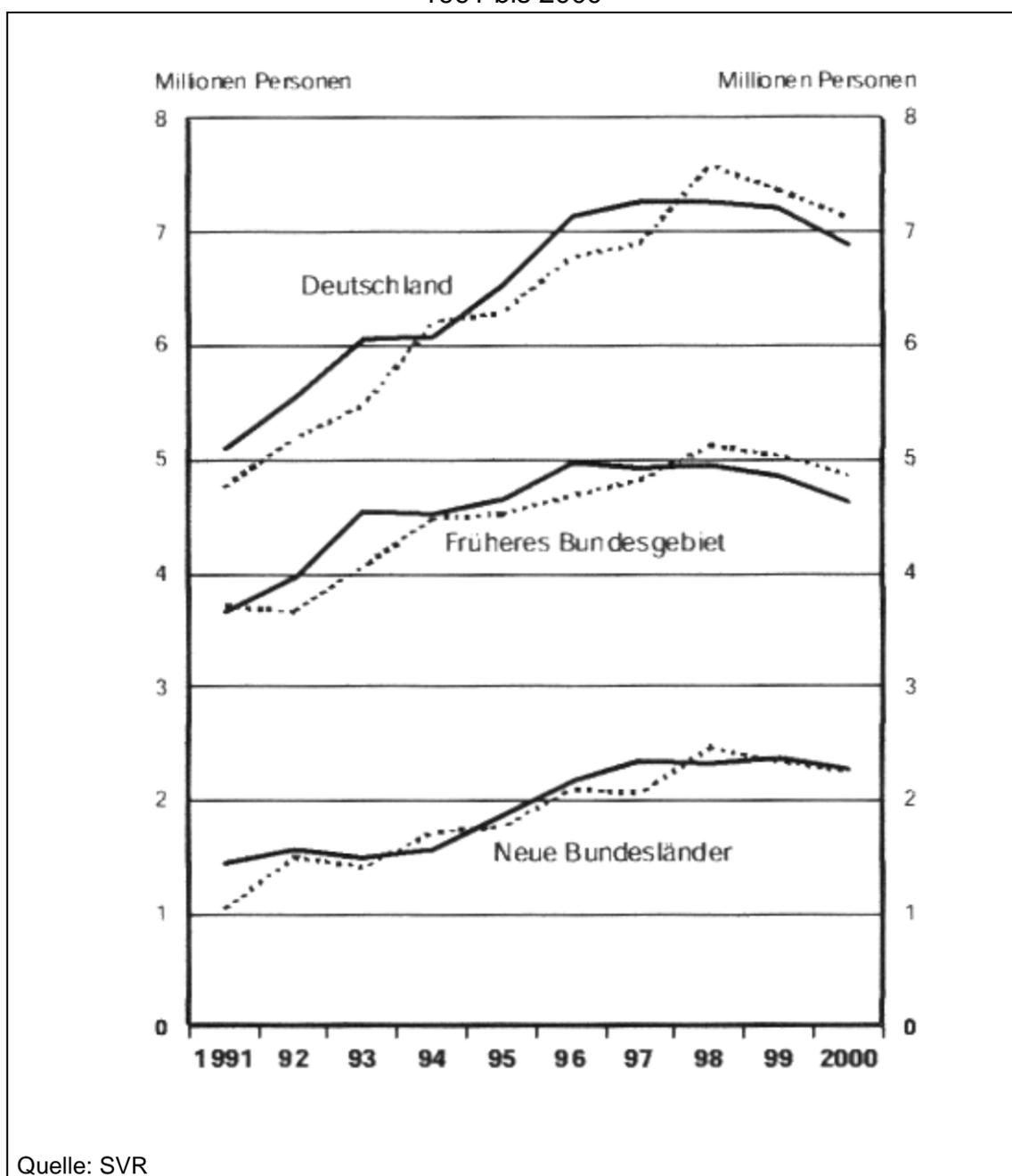


Die Bewegungen innerhalb des Arbeitsmarktes sind sehr stark. Zugänge in und Abgänge aus Arbeitslosigkeit halten fast die Waage (Schaubild 10). Ein Teil der Arbeitslosen ist von diesem Austausch aber faktisch ausgeschlossen: die Langzeitarbeitslosen, deren Anteil an allen Arbeitslosen rund ein Drittel beträgt. Unter ihnen finden sich vor allem Menschen ohne Ausbildung. Als Ursache des hohen Sockels an Arbeitslosigkeit benennt der Rat daher auch vor al-

Schaubild 10

Bewegungen am Arbeitsmarkt

1991 bis 2000



Quelle: SVR

lem Mismatch-Arbeitslosigkeit: Die Qualifikation der Arbeitslosen passt nicht zu der Qualifikation der gesuchten Kräfte.

Die Besetzung der unteren Lohngruppen, in die vor allem Personen ohne Ausbildung eingruppiert werden, ist in den vergangenen Jahren immer geringer geworden, weil diese Arbeitsplätze aus Kostengründen weggefallen sind. Der Rat konnte erstmals **Tariflohngruppenbesetzungen** und Veränderungen der Tariflöhne für vier Tarifbezirke analysieren. Für die Metallindustrie West liegen die längsten Reihen vor. Dort ist die Besetzung der untersten Arbeitswertgruppen 1-3, nach der einfache Hilfstätigkeiten entlohnt werden, von knapp 20 % im Jahr 1970 auf nur noch 6 % im Jahr 1999 gesunken. Auch die Zahl der Angelernten (Gruppen 4-7) hat sich von 51 % auf 36 % verringert, während die Zahl der Facharbeiter (Gruppe 8) von 29 auf 58 % zugenommen hat. In dieser Zeit ist der Lohn der Facharbeiter um 5,5 % je Jahr gestiegen, der der Hilfsarbeiter jedoch um 6,1 %. Der Rat unterstreicht vor diesem Hintergrund seine Forderung nach stärkerer Differenzierung der Löhne nach Knappheiten: Zwar wird die Tarifpolitik der letzten Jahre als an der Produktivität orientiert gelobt, das Lohnniveau für Geringqualifizierte lasse aber nach wie vor keinen Raum für die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen.

6 Prognose für das Jahr 2001

Die Weltkonjunktur wird sich nach Ansicht des Rates im kommenden Jahr abschwächen, aber nur leicht, der Rat erwartet für 2001 einen Anstieg des Weltsozialprodukts von 4 % nach 4,7 % im Jahr zuvor. Der hohe Ölpreis und die etwas restriktivere Geldpolitik in den meisten Industriestaaten würden die Expansion nur wenig bremsen. In den USA werde es mit einem Anstieg des BIP um 3,2 % zu einer weichen Landung kommen (Tabelle 4).

In Europa haben die Auftriebskräfte durch den Ölpreis und die abwertungsbedingte Verteuerung der Einfuhren einen Dämpfer erlitten, diese negativen Effekte werden nach Ansicht des SVR aber 2001 auslaufen, was sich mit den meisten anderen vorliegenden Prognosen etwa der OECD oder EU-Kommission

deckt. Begründet wird diese Ansicht mit dem Hinweis, dass der reale Ölpreisanstieg des Jahres 2000 deutlich kleiner sei als 1980 und die Wirtschaft der Industrieländer inzwischen viel weniger ölintensiv arbeite als damals.

Tabelle 4

Zur voraussichtlichen Entwicklung des BIP in ausgewählten Ländern

Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr in %

	Bruttoinlandsprodukt		Export-
	2000	2001	Anteil
Deutschland	3,0	2,8	
Frankreich	3,3	3,0	11,4
Italien	2,8	2,7	7,5
Niederlande	4,3	4,3	6,7
Österreich	3,6	2,9	5,5
Belgien	3,8	3,3	5,2
Spanien	4,1	3,4	4,4
Euro-Raum	3,4	3,1	44,1
Großbritannien	3,1	3,0	8,4
EU	3,4	3,1	57,3
Schweiz	2,9	2,2	4,5
USA	5,2	3,2	10,1
Japan	1,4	1,8	2,0
Industrieländer	3,9	3,0	75,4
Mittel- und Osteuropa	3,8	4,2	7,9
Lateinamerika	4,3	4,2	2,3
Ostasiat. Schwellenländer	7,4	6,3	3,3
China	7,8	7,5	1,4
Insgesamt	4,7	4,0	90,3

Nach Angaben des SVR

Bei der Geldpolitik würden nur die nachfrage-treibenden Kräfte zurückgenommen, aber die Ausweitung werde ein Wachstum entlang des Potenzialpfades finanzieren, da von der Lohnseite her keine Gefahren drohen. „Ein Konflikt zwi-

schen einer stabilitätsorientierten Geldpolitik und der Lohnpolitik wie bei früheren Ölpreisschüben zeichnet sich diesmal nicht ab“ (Ziffer 281). Die Finanzpolitik werde in allen Industrieländern im Jahr 2001 eher expansiv sein, nachdem in den vergangenen Jahren erhebliche Konsolidierungsfortschritte erzielt worden sind, in vielen Ländern sind Steuersenkungen geplant.

Für Deutschland fasst der Rat seine Prognose in Ziffer 298 zusammen: „Im Jahre 2001 wird sich der Aufschwung fortsetzen. Die konjunkturanregenden Wirkungen aus dem Ausland werden zwar etwas geringer, da das Expansions-tempo in der Weltwirtschaft sich verlangsamt und die Effekte der Abwertung auf die Exporte sich abschwächen. Dem stehen jedoch günstige Bedingungen für eine Belebung der Inlandsnachfrage gegenüber. So werden die dämpfenden Wirkungen der Ölverteuerung abnehmen, da der Ölpreis seinen Höchststand erreicht hat. Die Kosten der Ölverteuerung werden zwar vor allem für die Konsumenten teilweise erst im Laufe des Jahres 2001 spürbar werden, die dämpfende Wirkung des Kaufkraftverlusts wird sich aber allmählich abschwächen. Die stärkere Zunahme des verfügbaren Einkommens, vor allem bedingt durch die Senkung der Einkommensteuer, wird die Privaten Konsumausgaben anregen. Die Gewinnerwartungen der Unternehmen werden sich bei stärker expandierender Inlandsnachfrage, nur moderat steigenden Lohnstückkosten und steuerlicher Entlastung deutlich aufhellen und dazu beitragen, dass die Investitionsneigung hoch bleibt.“ Für 2001 könne ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 2,8 % erwartet werden.

„Alles in allem wird es somit weiter aufwärts gehen. Es bestehen gute Chancen, dass der Aufschwung im Jahre 2002 sogar an Stärke gewinnt“ (Ziffer 276). Vorausgesetzt wird dabei, dass die Geld- und Finanzpolitik sowie die Lohnpolitik an ihrem gegenwärtigen Kurs festhalten. Die Komponenten der Prognose zeigt Tabelle 5. Die optimistische Grundstimmung mit Blick auf das Jahr 2002 kann an der grafischen Darstellung der Veränderungsdaten auf Basis von Halbjahren verdeutlicht werden (Schaubild 11). Offensichtlich wird in der vor allem ölpreisbedingten Abschwächung zur Jahreswende 2000/2001 - anders als in der jüngsten Prognose der OECD - nur eine vorübergehende „Delle“ gesehen.

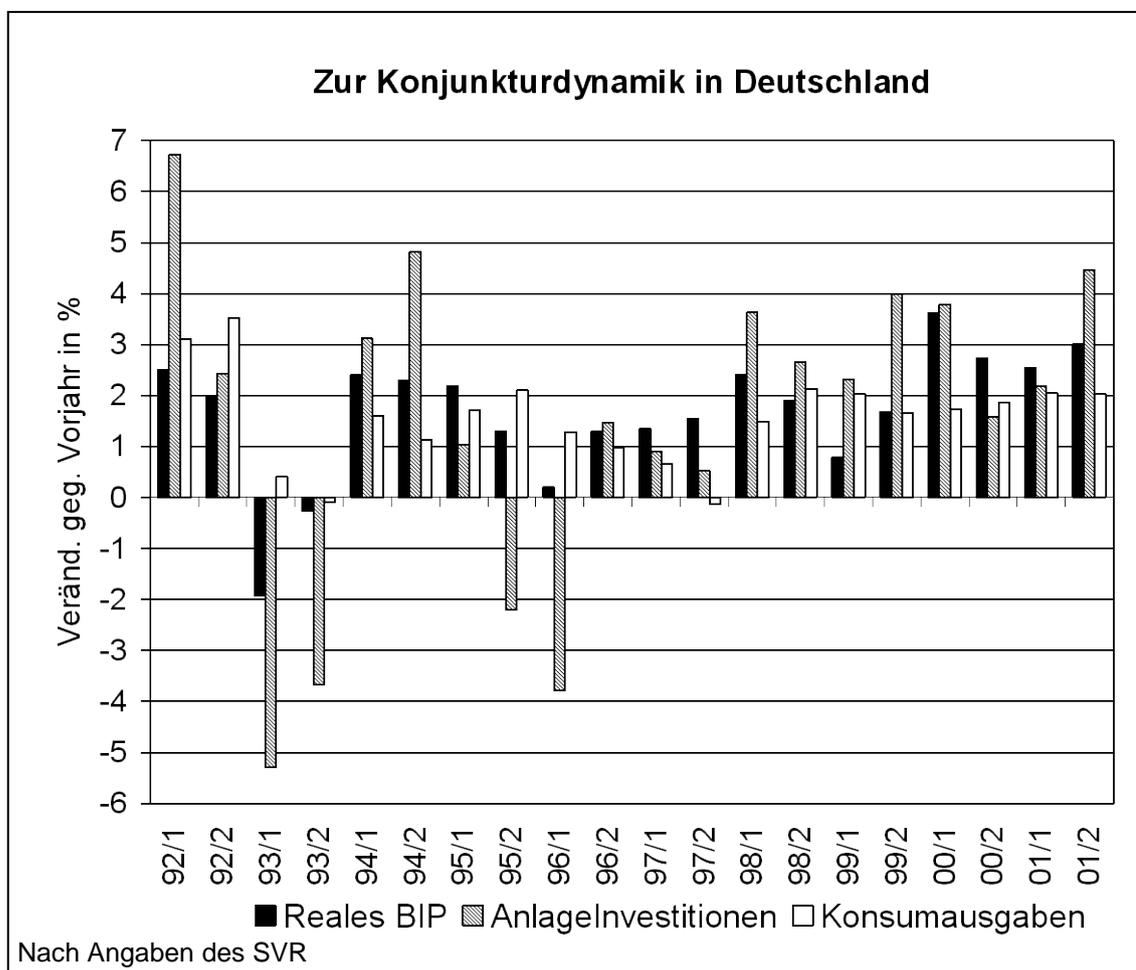
Tabelle 5

Deutsche Konjunktur: Verlagerung der Triebkraft vom Export zum Konsum

	BIP	Konsum	Ausrüstungen	Bauten	Sonstige Anlagen	Lagerveränderung	Außenbeitrag
Absoluter Beitrag zur BIP-Zuwachsrate in %-Punkten							
2000	3,0	1,3	0,8	-0,3	0,1	0,1	1,0
2001	2,8	1,6	0,7	-0,1	0,1	0,1	0,4
Relativer Beitrag zum absoluten BIP-Zuwachs in %							
2000	100	44	25	-11	5	4	33
2001	100	56	25	-3	4	3	14

Eigene Berechnungen nach Angaben des SVR

Schaubild 11

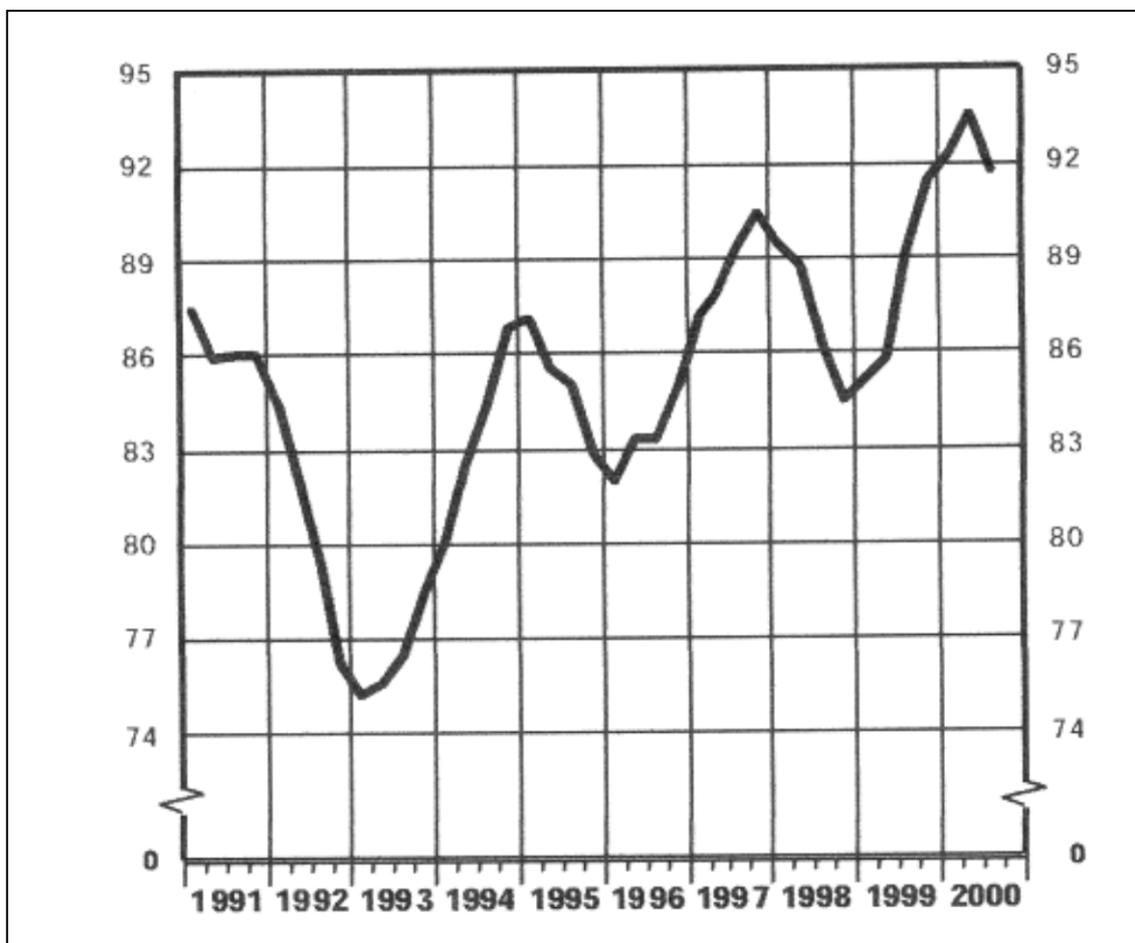


Bei dieser Einschätzung kann nicht verwundern, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland weiter zurückgehen wird. Nach der Prognose des Rates wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 200 000 sinken, die Arbeitslosenquote von 9,6 auf 9,1 % abnehmen. Wie im Jahr 2000 beschränkt sich der Rückgang aber weitgehend auf Westdeutschland. Die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland bleibt daher doppelt so hoch wie im Westen.

Schaubild 12

Zur Auftragslage im Verarbeitenden Gewerbe

Alte Bundesländer, 1991 bis 2000

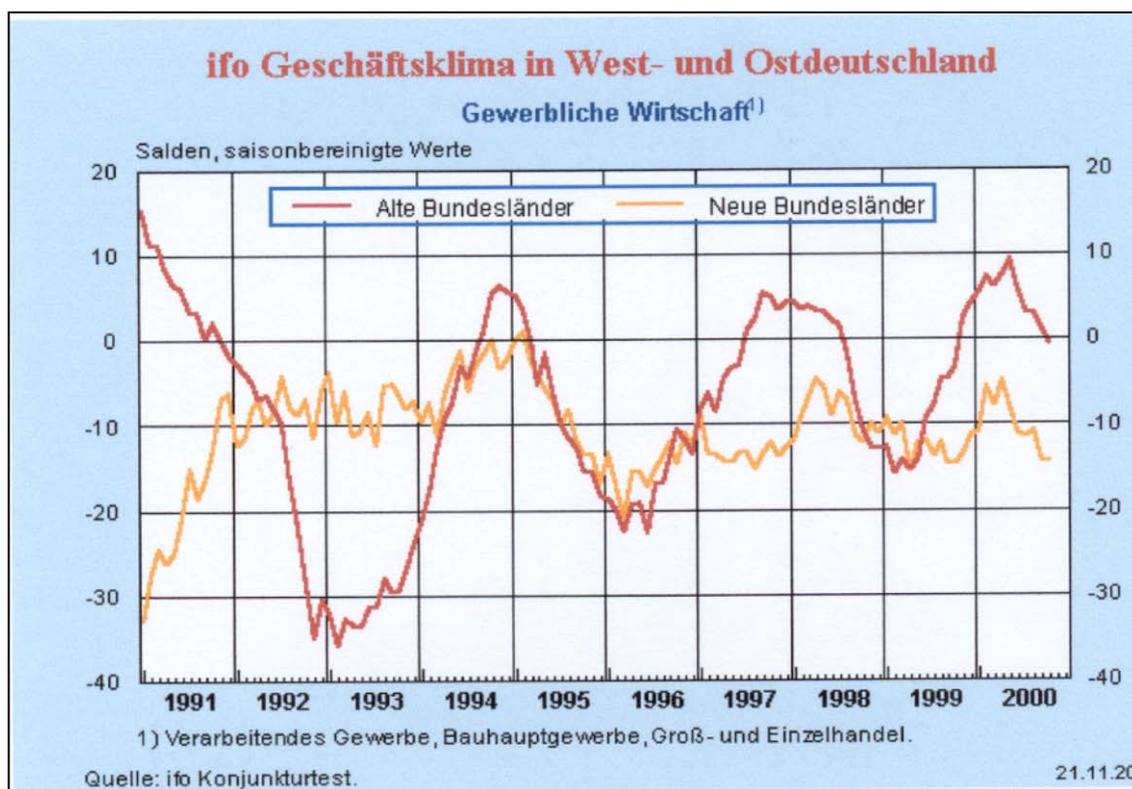


Der Rat spricht die Risiken für seinen relativ optimistischen Ausblick selbst an. Die Ölpreise könnten steigen, die Lohnpolitik könnten den beschäftigungsfördernden Pfad verlassen, in den USA könnte eine „harte“ Landung eintreten. Er wendet jedoch ein, es könne auch besser kommen: Die US-Wirtschaft könne

erneut positiv überraschen, und in Deutschland könnte eine „mutige Deregulierung und die beschleunigte Einführung neuer Technologien“ (Ziffer 309) das Wachstum stärker als erwartet ankurbeln.

In einem Jahr werden wir alle klüger sein. Meiner Ansicht nach überschätzt der Rat die Verbesserung der Rahmenbedingungen und unterschätzt den Einfluss zyklischer Abwärtsfaktoren in der Industrie. Die Stimmung in der Wirtschaft hat sich seit der Jahresmitte abgekühlt. Die Relation Auftragseingänge zu Kapazität des Verarbeitenden Gewerbes hat sich im 3. Vierteljahr etwas verschlechtert (Schaubild 12), und der schon eingangs erwähnte ifo-Konjunkturtest zeigt seit 5 Monaten eine deutliche Eintrübung des Klimas in der Industrie (Schaubild 13).

Schaubild 13



Erstaunlicherweise geht der Rat auch auf die Kursrückgänge an den Börsen nicht ein. Immerhin hat sich der Wert der Aktien in der Welt seit März in einem Umfang verringert, der dem Wert des Sozialprodukts von Japan entspricht. Aus solchen Vermögensverlusten – und seine es auch nur Buchverluste – gehen üblicherweise dämpfende Effekte auf die Konsumnachfrage aus.

Was die längerfristigen Hoffungen bezüglich der Segnungen der New Economy in Deutschland angeht, kann man ebenfalls skeptischer als der Sachverständigenrat sein. Im Kapitel zur Geldpolitik weist er darauf hin, dass vieles dafür spreche, dass die Impulse der neuen Ökonomie mittelfristig auch in Europa wirken werden, denn: „Die Effekte einer Querschnittstechnologie, wie es die Informations- und Kommunikationstechnologien sind, werden angesichts der engen wirtschaftlichen Verflechtung zwischen den Industriestaaten schwerlich auf das Gebiet nur eines Landes begrenzt bleiben.“ (Ziffer 347) Nach allem, was wir aus Amerika wissen, bedarf es dazu flexibler Arbeitsmärkte. Da besteht in Deutschland aber auch nach Ansicht des Rates erheblicher Handlungsbedarf.